



Inhalt

1./2.2017

POLITIK

vdek-Pflegelotse: Verbesserte Optik	6
Umsetzung Krankenhausstrukturfonds	8
Pflegebericht: Zwischenstatus	10
Kein „Streikrecht“ für Vertragsärzte	12
3 Fragen an Prof. Dr. Jürgen Windeler	14
Interview mit Selbstverwalter Uwe Klemens	15
Einwurf: Morbi-RSA	19

AUS DEN KASSEN

So isst Deutschland	20
---------------------------	----

IM FOKUS PATIENTENRECHTE

Umsetzung des Patientenrechtegesetzes	24
UPD: Informieren und navigieren	26
3 Fragen an Karl-Josef Laumann	29

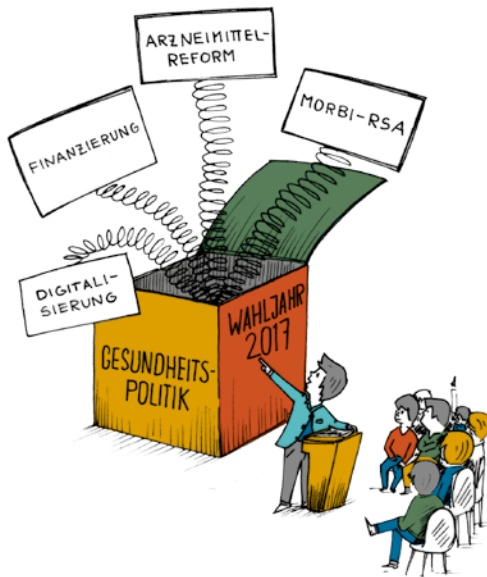
TITEL GESUNDHEITSPOLITIK IM WAHLJAHR

GKV zukunftssicher gestalten	30
Wahlkampf: Bekannte Themen frisch verpackt	34
Statements Wahlkampfthemen	36
Bundestagswahl in dramatischen Zeiten	38

VERMISCHTES

Für Sie gelesen: Bibliothek	41
Steckbrief: Karl-Josef Laumann	45
PS: Das Huhn hat immer viel zu tun	46

30



TITELTHEMA

Gesundheitspolitik im Wahljahr

Union und SPD haben ihren Koalitionsvertrag von 2013 weitgehend geräuschlos abgearbeitet. Nun hat der Wahlkampf auch die Gesundheitspolitik erreicht. Die Parteien bringen sich in Stellung, intensiv wird an Wahlprogrammen gearbeitet. *ersatzkasse magazin.* zeigt auf, wohin die Reise im Gesundheitswesen gehen könnte – und welche Reformen die neue Bundesregierung dringend angehen muss.

INTERVIEW

„Von einer Stärkung der Selbstverwaltung kann keine Rede sein“

Die Politik hat ein GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz auf den Weg gebracht, mit dem sie eigener Aussage zufolge dafür sorgen will, dass die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen künftig noch besser ihrer großen Verantwortung für eine gute Patientenversorgung gerecht werden kann. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stößt das Gesetz auf Kritik. Uwe Klemens, neuer Vorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek), nimmt Stellung und spricht im Interview mit *ersatzkasse magazin.* über die Erwartungen an die Politik und die Bedeutung der Selbstverwaltung insgesamt.

15



24



IM FOKUS

Patientenrechte

2013 ist das Patientenrechtegesetz in Kraft getreten. Es bündelt entscheidende Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit medizinischer Versorgung in einem Gesetz, um den Patientenschutz transparenter und durchsetzungsfähiger zu machen. Eine Studie des IGES Instituts untersucht und bewertet nun die Wirkungen von Teilen des Gesetzes. Zudem ging vor gut einem Jahr die neue Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) an den Start, um Ratsuchenden zur Seite zu stehen. So ist die Stärkung der Rechte und Einflussmöglichkeiten von Patienten ein zentrales Anliegen der Gesundheitspolitik und ihrer Akteure.